

Inhalt

Vorwort:

Die Auseinandersetzung um die Protestaktion der GEW im Jahre 1979	8
---	---

Abkürzungsverzeichnis	15
-----------------------	----

Teil A:

Die verfassungsrechtliche Stellung der Beamten nach Art. 33 Abs. 4 und Abs. 5 GG.	17
---	----

I. Die Auffassung der herrschenden Lehre zur verfassungsrechtlichen Stellung des öffentlichen Dienstes gemäß Art. 33 Abs. 4 und Abs. 5 GG und zum Streikrecht der Beamten.	18
--	----

II. Die Auffassung der Rechtsprechung, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts zur verfassungsrechtlichen Stellung und zum Streikrecht der Beamten.	26
--	----

III. Zur Kritik der herrschenden Meinung in Literatur und Rechtsprechung zur Stellung der Beamten in der Verfassungsordnung der Bundesrepublik.	37
---	----

1. Vorbemerkung	37
-----------------	----

2. Die Stellung des Berufsbeamtentums nach dem Grundgesetz und den Landesverfassungen sowie den Beamtengesetzen des Bundes und der Länder im Hinblick auf Koalitionsfreiheit und Streikrecht der Beamten	41
--	----

a) Landesverfassungen und Grundgesetz	41
---------------------------------------	----

b) Die Beamtengesetze des Bundes und der Länder	43
---	----

c) Die Bedeutung des Art. 33 Abs. 4 und Abs. 5 für die Koalitionsfreiheit und das Streikrecht der Beamten	45
---	----

ca) Der Wortlaut des Art. 33 Abs. 4 und Abs. 5 GG	45
---	----

cb) Der Sinngehalt des Art. 33 Abs. 4 und Abs. 5 GG	47
---	----

cba)	Die Bedeutung des Art. 33 Abs. 4 und Abs. 5 GG als institutionelle Garantie	49
cbb)	Demokratie-, Rechtsstaats- und Sozialstaatsprinzip und Streikrecht der Beamten	51
cbc)	Die Europäische Sozialcharta	52
cbd)	Die Bedeutung des Funktionswandels des Staates für die Interpretation des Art. 33 Abs. 4 und Abs. 5 GG	53
cbe)	Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis und Streikrecht der Beamten	55
Teil B:		
	Zulässigkeit von Demonstrationstreiks von Beamten	76
I.	Der Demonstrationstreik im System des Arbeitskampfrechts nach der herrschenden Rechtsprechung und Literatur.	76
1.	Die Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG und die Grenzen der Zulässigkeit von Streiks: Streiks als Funktionselement der Tarifautonomie.	76
2.	Konsequenzen für die Zulässigkeit von Demonstrationstreiks.	79
a)	Die Rechtmäßigkeit des tarifbezogenen Demonstrationstreiks («Warnstreik»)	80
b)	Zur Rechtmäßigkeit sonstiger arbeitsrechtlicher sowie politischer Demonstrationstreiks	83
II.	Zur Kritik des herrschenden Arbeitskampfrechtssystems: Koalitionsfreiheit und Streikrecht nach Art. 9 Abs. 3 GG.	87
1.	Koalitionsfreiheit und Streikrecht als Arbeitnehmergrundrechte	88
2.	Umfang und Grenzen des Streikrechts	89
a)	Die Kritik an der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	89
b)	Verfassungsrechtliche Schranken des Streikrechts nach Art. 9 Abs. 3 GG	91
c)	Das Verhältnis von Tarifautonomie und Streikrecht	92
ca)	Inkonsistenz und Widersprüche der herrschenden Arbeitskampfdoktrin	92

cb) Kritik der »institutionellen« Interpretation des Art. 9 Abs. 3 GG	96
cc) Streikrecht, Eigentumsgarantie und Marktwirtschaft	99
cd) Ergebnis: Das Tarifvertragssystem als wesentlicher, aber nicht ausschließlicher Bereich der Streikgarantie des Art. 9 Abs. 3 GG	100
3. Die Zulässigkeit von Demonstrationstreiks von Beamten	101
Literaturverzeichnis	115
Anhang: Entscheidungen zur Zulässigkeit von Beamtenstreiks bzw. Demonstrationstreiks von Beamten	122
Dokument I Beschluß des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs v. 18. 1. 1973	122
Dokument II Beschluß des Verwaltungsgerichts v. 19. 9. 1977	126
Dokument III Urteil des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen v. 31. 1. 1978	131
Dokument IV Beschluß des Verwaltungsgerichts Hamburg v. 12. 11. 1979	141
Dokument V Beschluß des Verwaltungsgerichts Braunschweig v. 11. 1. 1980	145
Dokument VI Beschluß des Verwaltungsgerichts Hannover v. 19. 2. 1980	147
Dokument VII Urteil des Arbeitsgerichts Bremen v. 21. 2. 1980	152